

Ja zu einem leistungsfähigen Gesamtverkehrsnetz

60 Prozent der gefahrenen Personenkilometer im Kanton Zürich werden mit dem motorisierten Individualverkehr zurückgelegt. Aber auch rund 60 Prozent der mit dem ÖV zurückgelegten Personentransporte werden mit dem Tram oder in Bussen zurückgelegt, also auch auf der Strasse. Da sich Bus und Auto die Fahrspuren

grossmehrfach teilen, stehen entweder beide im Stau oder niemand. Deshalb sind leistungsfähige Hauptverkehrsachsen ein Gewinn für die ganze Bevölkerung. Hauptverkehrsachsen dienen dazu, möglichst viel Verkehr aufzunehmen und ausserhalb von sensibler Nutzung – sprich den Quartieren – zu kanalisieren. Staut der

Verkehr auf den Hauptstrassen, weichen Staugeplage in die Quartiere aus, und genau das gilt es doch zu verhindern. Mit einem Ja zur Verfassungsänderung und der gleichwertigen Verankerung von ÖV und MIV setzen Sie ein klares Zeichen für ein leistungsfähiges Gesamtverkehrsnetz im Kanton. Beat Huber, Kantonsrat SVP, Buchs

Ein treuer Wachhund mit grossem Herz

«Verletzte und Millionenschaden nach Wohnungsbrand», «Furttaler» vom 15. September

Unser Hund Benjie, ein Havaneser, hat am Unglückstag in Regensdorf tolle Arbeit geleistet. Als der Brand in der Wohnung ausgebrochen ist – mit ja bekannten Folgen – war er auf der Hut. Mit seinem Verhalten, lautes Bellen und unruhiges Herumläufen, hat er sein Frauchen aufgeschreckt, vielleicht hat er den Rauch schon in der Nase gerochen. Beide gingen rüber ins Treppenhaus, weiter zu den Nachbarn. Das laute Schreien ausserhalb des Hauses irritierte Frauchen und Benjie. Beide verliessen das Haus und sahen die dunklen Rauchwolken. Trotz der bedrohlichen Situation brachte Benjie es fertig, auf seine lustige Art, Kinder und Menschen abzulenken, so dass keine Panik aufkommen konnte. Etwas später wurde den ganzen Mietern aus beiden Häusern mitgeteilt, ihre Wohnung zu verlassen und sich auf dem Rasen in Sicherheit zu bringen. Auch hier war Benjie voll im Einsatz, er tröstete die Menschen und die Kinder, welche alle sehr traurig waren und weinten.

So nahm alles seinen Lauf, sogar recht spektakulär wurde eine Frau nach langem Suchen mit der Trage aus dem Haus gebracht. Ein Papagei, Wellensittiche und auch zwei Katzen konnten durch den tapferen Einsatz der Feuerwehrmänner gerettet werden. Benjie war immer und überall dabei. Immer wieder kamen die Kinder und streichelten ihn. Die Erwachsenen hatten sichtlich Freude an dieser Abwechslung. Da Benjie zum Begleithund ausgebildet wird, weiss er mit Kindern und Erwachsenen umzugehen, seine erste Prüfung hat er an dem Abend bestanden. Wir sind sehr stolz auf unseren Engel von der Gerenstrasse. Wir fühlen uns jetzt sicher, dank unserem kleinen Wachhund Benjie. Ja, Hunde haben so ein grosses Herz und wissen immer, wie sie es einsetzen müssen.

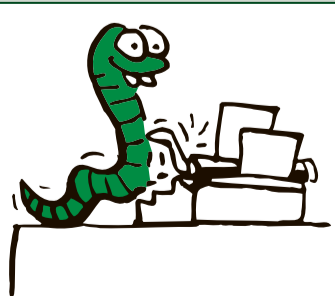
Uccella Bianco, Regensdorf

BITTE BEACHTEN

Beiträge zu den bevorstehenden Wahlen und Abstimmungen

In dieser Ausgabe des «Furttalers» publizieren wir die letzten Leserbriefe rund um die Abstimmungen und Wahlen vom 24. September. Einsendungen, die uns jetzt noch erreichen, können wir leider nicht mehr berücksichtigen.

Die Redaktion



TIERISCHER SCHNAPPSCHUSS



STÖRCHE AUF DEM ZUG

Leser Michael Ochs aus Dänikon hat am Himmel über seinem Dorf über 20 Weissstörche fotografiert. Laut Storch Schweiz beginnen die Störche im August ins Winterquartier abzufliegen. Die Altvögel unternehmen den Zug jedes Jahr, die Jungen kehren erst nach zwei bis vier Jahren ins Brutgebiet zurück.

Mitmachen: Möchten auch Sie Ihren tierischen Schnapsschuss an dieser Stelle sehen? Dann machen Sie mit bei unserer Fotoserie und schicken uns Ihr Foto in hoher Auflösung mit Ihrem Namen, Wohnort und einer kurzen Beschreibung des Sujets an redaktion@furttaler.ch. Eine Auswahl der besten Bilder publizieren wir im «Furttaler» in loser Folge.

Plakatkampagne der Adventgemeinde

Zurzeit sind auf Plakatwänden folgende zwei Sätze in weisser Schrift auf grünem Grund zu lesen: «Lukas ist Christ. Er geht am Samstag zum Gottesdienst.» Die Betonung liegt auf Samstag, denn die Adventisten sind fest davon überzeugt, das nur diejenigen die zehn Gebote Gottes wirklich befolgen, die den Sabbat, den von Gott verordneten und im Gesetz des Alten Testaments verankerten Ruhetag, auf dem Samstag belassen, wie es Juden noch heute tun.

Ihrer Ansicht nach verstossen daher alle anderen Christen gegen Gottes Gebote. Dem ist allerdings entgegen zu halten, dass Jesus selber im Markus Evangelium, Kapitel 2, Vers 27, sagte: Der Sabbat ist um des Menschen Willen gemacht und nicht der Mensch um des Sabbats Willen. Dass dieser

Sabbat von der christlichen Kirche auf den Sonntag verschoben wurde, ist auch gut nachvollziehbar, denn der Sonntag ist der Auferstehungstag unseres Herrn Jesus Christus, das zentrale Ereignis unseres Glaubens! Ausserdem konnten sich damit die Christen von den starren jüdischen Gesetzen distanzieren, die Jesus selbst schon aufgelockert hatte, indem er am Sabbat Kranke heilte, womit er erst recht den Groll der Pharisäer auf sich zog. Aber genau das ist ja auch seine frohe und frei machende Botschaft: die Barmherzigkeit, die Nächstenliebe und den Glauben an Gottes Güte und Allmacht, im Sinne seines neuen Testaments, noch über das Gesetz zu stellen.

Gret Ferndrigger-Girardin, Boppelsen

Nein zur Scheinreform der Altersvorsorge

Zweifelloos ist Bundesrat Bersets Plan eine politische Meisterleistung. Alle haben Abstriche gemacht und sind trotzdem Gewinner – auf den ersten Blick. Beim genaueren Hinschauen ist die Vorlage aber eine grandiose Verschaukelung der Stimmbürger. Was als Reform verkauft wird, ist in Tat und Wahrheit ein zusätzliches Leistungsversprechen auf Kosten der zukünftigen Generationen. Anstatt rechtzeitig moderate, aber wirksame Massnahmen zu ergreifen, werden die Stimmbürger mit verantwortungslosen

Leistungserhöhungen (1. Säule) und um rund 50 Prozent zu hohen Garantien für die nächsten 50 Jahre (2. Säule) geködert. Damit wird die Ausgangslage für eine echte Reform deutlich verschlechtert statt verbessert. Wir brauchen keinen Plan B, sondern ehrliche Informationen über die schwierige Ausgangslage und faire Lösungen, die auch für unsere Kinder und Grosskinder tragbar sind. Sonst verlieren schlussendlich alle.

Jürg Sulser, Kantonsrat SVP, Otelfingen

Sanierung der AHV – aber nicht mit AV2020

Es ist unbestritten, dass die AHV saniert werden muss. Die Kosten steigen übermässig, die zahlreichen Babyboomer erreichen das Rentenalter und die Rentnerinnen und Rentner leben länger und beziehen damit länger eine Rente. Zur Sanierung der AHV kann an zwei Stellschrauben gedreht werden: Man kann die Einnahmen erhöhen oder man kann die Ausgaben reduzieren. Bundesrat und Parlament unter Führung der SP mit gütiger Hilfe der CVP haben vor allem an der Einnahmen-Schraube gedreht. Die Frauen gehen ein Jahr später in Rente und bezahlen dadurch länger AHV-Beiträge. Die Mehrwertsteuer wird um 0,6 Prozentpunkte erhöht. Die AHV-Lohnbeiträge werden um 0,3 Prozentpunkte erhöht. Der Freibetrag für die AHV-Rentner wird ersatzlos gestrichen.

Gleichzeitig werden aber auch die Ausgaben hinauf gefahren. Es muss an eine stark steigende Zahl von Rentnerinnen und Rentner Leistungen ausbezahlt werden. Diese Leistungen müssen wegen der Erhöhung des Lebensalters für einen immer längeren Zeitraum ausbezahlt werden. Und zusätzlich werden die Leistungen für jeden Neurentner um 70 Franken pro Monat erhöht, der Plafonds für Ehepaarrenten wird von 150 auf 155 Prozent einer bereits erhöhten Rente angehoben. Nach dem Giesskannenprinzip wird das «Opfer» der Frauen, die ein Jahr länger arbeiten müssen, gleich wieder verteilt und die AHV gerät sieben Jahre nach der «Sanierung» bereits wieder in Schiefelage und die nächste Sanierungsrunde ist unvermeidlich.

Eine echte, nachhaltige Sanierung der AHV sieht anders aus. Der Bundesrat und die knappe Mehrheit unserer Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben in der Altersvorsorge ihre Aufgaben nicht erfüllt, so ganz nach dem Motto «Kaum fertig, wird geflickt». Und darum gilt für die Abstimmung vom 24. September: beide Vorlagen der Altersvorsorge 2020 ablehnen. Verbunden mit dem Auftrag, die Revision in einer neuen Vorlage ohne eingebaute Mängel auszuarbeiten.

Christian Lucek, Kantonsrat SVP, Dänikon

Ja zu flüssigem Verkehr

Ein Grossteil der Mobilität, auch des öffentlichen Verkehrs, findet nach wie vor auf den Strassen statt. Der Gegenvorschlag zur Anti-Stau-Initiative räumt der wichtigen Funktion der Staatsstrassen als Lebensadern in unserem Kanton endlich eine angemessene Bedeutung in der Kantonsverfassung ein. Während der öffentliche Verkehr gefördert, also weiter ausgebaut werden soll, geht es bei den Kantonstrassen darum, deren Kapazität zu erhalten. Also nicht um einen Ausbau, sondern darum, dass sie ihre Leistungsfähigkeit beibehalten. Werden kapazitätsmindernde Massnahmen geplant, wie bei einer Umgestaltung einer Ortsdurchfahrt, muss die Kapazität im umliegenden Netz kompensiert werden, zum Beispiel mit einer Ortsumfahrung. Damit werden schikanöse Strassenmöblierungen und absichtliche Engeisse, welche zu künstlichem Stau führen, auf den wichtigen Verbindungsachsen künftig vermieden. Stau ist unökonomisch und unökologisch, er verursacht jährlich volkswirtschaftliche Schäden in Millionenhöhe und belastet die Umwelt. Der Verkehr muss fließen, darum Ja zum Gegenvorschlag zur Anti-Stau-Initiative.

Christian Lucek, Kantonsrat SVP, Dänikon

PARTEIEN

Nein zur AHV-Scheinreform – Ja zum Sozialhilfegesetz

Am 7. September haben sich die Mitglieder der SVP Regensdorf im Rähbüli auf dem Watter Rebbegg zur Mitgliederversammlung zusammengefunden und insbesondere die Parolen zur Abstimmung vom 24. September gefasst. Neben der Sektionsvorständin Susanne Künzle vermochten die Gastreferenten wie die ortsansässige Nationalrätin Barbara Steinemann, Alt-Kantonsrat Hans Frei sowie die beiden Kantonsräte Erika Zahler und Christian Lucek die zahlreich anwesenden Mitglieder zu einer mit der SVP des Kantons Zürich übereinstimmenden Parolenfassung zu überzeugen. Zahler betonte, dass die Altersvorsorge mit AHV und beruflicher Vorsorge das wichtigste Sozialwerk der Schweiz sei. Aufgrund der demographischen Entwicklung stelle sich die Frage von dessen Finanzierung. Es gelte die strukturellen Probleme der Finanzierung anzugehen und die Altersvorsorge wieder auf nachhaltig stabile Beine zu stellen. Dieses Ziel werde mit den eidgenössischen Vorlagen «Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch Erhöhung der Mehrwertsteuer» und «Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020» verfehlt. Trotz zusätzlicher Finanzspritze in Milliardenhöhe über spürbar höhere Mehrwertsteuer und Lohnbeiträge erhalte die AHV gerade einmal eine Verschnaufpause von wenigen Jahren. Eine eigentliche Reform könne in den Vorlagen nicht erblickt werden. Vielmehr müsse von einer Scheinsanierung mit Nebenwirkungen gesprochen werden, einer kurzfristigen Lösung auf Kosten der Frauen und Jungen. Davon, dass die Scheinreform Überarbeitungsbedarf aufweist, waren auch die Mitglieder überzeugt. Es erfolgte einstimmig die Nein-Parole. Hinsichtlich der Vorlage zum Sozialhilfegesetz bemerkte Steinemann, dass aktuell abgewiesene Asylbewerber (Status Asyl F) dieselben Leistungen wie Schweizer Sozialhilfebezüger, Ausländer mit ordentlichen Aufenthaltsbewilligungen und anerkannte Flüchtlinge bekommen. Dabei seien die abgelehnten Asylbewerber vielfach nicht einmal in der Lage ihre Identität nachzuweisen. Die ungerechte Gleichstellung stehe auch nicht im Einklang mit dem Bundesrecht. Gemäss dem Ausländergesetz müsse die Unterstützung für vorläufig Aufgenommene unter dem Ansatz für die einheimische Bevölkerung liegen. Mit der überdies bestehenden Tatsache, dass die abgewiesenen Asylbewerber in der Lage seien, Sozialhilfegelder in ihre Heimat zu schicken, gehe auch eine Sogwirkung für neue Wirtschaftsimmigration einher. Die Mitglieder erachteten die gegenwärtige Handhabung mit der Ja-Parole als korrektionsbedürftig. Alle Parolen sind auf der Homepage der SVP Regensdorf zu finden. SVP Regensdorf

Missglückte Rentenreform

Die AHV und die Pensionskassen benötigen wegen der gestiegenen Lebenserwartung und des tiefen Zinsniveaus höhere Einnahmen, um das bisherige Rentenniveau nachhaltig zu sichern. Das war die Absicht des Bundesrates mit seiner Vorlage. Das Parlament hat die Vorschläge des Bundesrates zur «Altersvorsorge 2020» leider zu einem Rentenausbau-Projekt erweitert. Und erst noch nach dem Giesskannenprinzip! Dies führt dazu, dass das Ziel der nachhaltigen Sicherung der Renten nicht erreicht und die AHV in rund 10 Jahren erneut höhere Einnahmen benötigen wird. Auch die Besitzstandbestimmung in der beruflichen Vorsorge ist zu grosszügig: Wer nach BVG-Minimum versichert ist (rund 20 % der Arbeitnehmer) wird bei Pensionierung in den nächsten 20 Jahren praktisch die gleiche hohe BVG-Altersrente erhalten wie heute. In dem man Nein sagt, wird der Weg frei gemacht für eine echte Reform der Altersvorsorge. FDP Otelfingen/Boppelsen